

Michael Darda, Ringstraße 3 e, 47506 Neukirchen-Vluyn
Peter Erl, Wallerdorfer Str. 46, 94486 Osterhofen

Friedrich Merz MdB
Vorsitzender der **CDU** Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

18. November 2023

„Wir werden es nicht schaffen.....“

Sehr geehrter Herr Friedrich Merz,
sehr geehrter Herr Dr. Markus Söder,
sehr geehrter Herr Dr. Carsten Linnemann,
sehr geehrte Frau Gitta Connemann,
sehr geehrter Herr Sebastian Brehm,

egal mit wem von den Bürgerinnen und Bürgern auf den Straßen, bei Versammlungen oder bei sonstigen Treffen wir uns unterhalten, es gibt nur ein Fazit: die Flüchtlingskrise ist keine Krise der Flüchtlinge, sondern es ist eine Krise, ja eine Katastrophe für unsere Gesellschaft und für die Werte, für die wir stehen.

Es brodelt überall. Da die Unternehmer/die Unternehmen ein wesentlicher Teil dieser Gesellschaft sind, brodelt es auch im Mittelstand. Arbeitskräfte: Fehlanzeige. Im Gegenteil unsere Sozialsysteme sind inzwischen überlastet. Einige von uns sind schon im gesetzten Alter. Niemand kann sich daran erinnern, schon einmal eine derartig hilflose, ja inkompetente Bundesregierung erlebt zu haben; und die FDP ist mittendrin. Vielleicht, weil Herr Lindner immer schon ein Ministeramt innehaben wollte. Daran klebt er fest, und er schmeißt dafür die Werte seiner Partei über Bord, so unser Eindruck.

Länder und Kommunen sind weit über die Kapazitäten hinaus belastet, kein Platz, kein Geld, keine Integration. Der Zorn der Bürger kommt bei Ihnen an. Die Länder und die Kommunen rufen um Hilfe. Die Ampel ist taub. Sie kommt ihrer Verantwortung nicht nach.

Zudem besteht der Eindruck, dass auch unsere CDU/CSU zu wenig tut, um entschieden dem aufziehenden Unheil etwas entgegenzusetzen. Liebe Frau Connemann, sehr geehrte Herren, es ist an der Zeit, dass unsere Partei sich öffentlich von der Äußerung von Angela Merkel im Jahre 2015 „Wir schaffen das“ distanziert. Diese Einschätzung und auch ihre Migrationspolitik in den Folgejahren war ein Fehler mit unübersehbaren Folgen. Wenn wir uns korrigieren, dann werden wir auch ein Stück verlorenes Vertrauen bei den Wählerinnen und Wählern zurückgewinnen. Der Zuspruch, den die AfD im Moment genießt, gründet überwiegend auf die falschen Entscheidungen zu den Themen der Migration. Nach unserer Auffassung haben die Abgeordneten im Deutschen Bundestag viel zu lange untätig zugeesehen.

Sie, Herr Merz, sind einmal sehr deutlich geworden, als Sie (wir glauben nicht einmal, dass das überzogen war) die Terminfindung bei den Zahnärzten angesprochen haben. Diese Äußerung wurde in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Auch Ihre berechtigte Äußerung über die Söhne von Migranten mit dem Titel „kleine Paschas“ hat großen Widerhall bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern gefunden.

Dann aber waren es die vielfach rot/grün besetzten Medien und leider auch Politiker aus unseren eigenen Reihen, die unsachlich und mit Schuldzuweisungen widersprochen haben. Wir erinnern hier an den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDA, Herrn Dr. Christian Bäumler. Wir haben uns für diesen Herrn geschämt. Dadurch wurden wieder einmal falsche Signale an Migranten und Schleuser gesetzt. Deutschland das Schlaraffenland für alle, die durch Nichtstun durch das Leben kommen wollen - Deutschland als Land des Niedergangs der Mittelschicht durch immer höhere Abgaben.

Wo wir in unserer Gesellschaft inzwischen stehen, zeigen die Demonstrationen gegen die Juden auf unseren Straßen. Hass wird gesät und Gewalt wird von diesen von der Politik „eingeladenen“ Migranten angewendet. Wir haben nicht den Eindruck, dass unser Rechtsstaat noch in der Lage, ist eine Wende herbeizuführen. Die Innenminister der Länder sehen sich außer Stande eine solche Demonstration zu verbieten. Wenn es tatsächlich keine Handhabe dazu gibt, dann müssen die Gesetze geändert werden.

Unser Grundgesetz sieht in Artikel 8 für alle Deutschen das friedliche Recht ohne Waffen zur Demonstration vor. Auch wir selber sind schon auf die Straßen gegangen, um der Politik die Augen zu öffnen. Aber wir nutzten das Wort als „Medium“ und keinesfalls die Aggression und/oder die Gewalt. Wenn Zugereiste, Migranten oder auch Eingebürgerte (ehemalige fremdländische Mitbürger) wegen Problemen aus und Problemen mit ihren Herkunftsländern demonstrieren wollen, dann sollen sie es dort tun, wo ihre Wurzeln sind, nämlich im Land ihrer Väter. Unsere Toleranz muss Grenzen haben. Diese sind weit überschritten.

Statt unsere Werte zu schützen macht die amtierende Regierung in Berlin unter Beteiligung der FDP alles, um unser Heimatland den Migranten als Spielwiese zu überlassen. Finanzielle Anreize durch Sozialleistungen ohne Gegenleistung und durch ein schnelles Einbürgerungsverfahren für alle, die es wollen, sind verantwortlich für den aktuellen Status. Doppelte Staatsbürgerschaft muss sofort verboten werden. Wer Deutscher sein möchte, muss Deutsch fließend sprechen, er muss unsere Werte teilen, er muss das Grundgesetz in vollem Umfang akzeptieren und andere Staatsbürgerschaften aufgeben.

Wir erwarten von der CDU/CSU viel mehr Mut. Positionieren Sie sich in der Öffentlichkeit deutlich. Grenzen Sie sich von der Politik der Sozialdemokraten und der Grünen ab. Es ist keine Schande für unsere Partei, wenn sich dabei einmal eine Schnittmenge mit der AfD ergeben sollte. Auch ist es falsch mit der Positionierung zurückhaltend zu sein, weil die Medien schlecht darüber berichten könnten. Korrigieren Sie bitte die Fehleinschätzung von Angela Merkel aus den Jahren 2015ff. Bald ist es hierzu zu spät. Wir machen uns große Sorgen um den Stellenwert unserer Kinder und Enkelkinder in Deutschland. Sie als verantwortliche Politiker müssen jetzt die Weichen so stellen, damit sie in Freiheit und Frieden in Deutschland leben können.

Weisen Sie bitte die Dummschwätzer in unserer Partei, die sich gerne öffentlich über die Sozialleistungen definieren, in ihre Grenzen. Ludwig Erhard wusste schon, dass, wo nichts ist, nichts verteilt werden kann. Die Zahl der Menschen, die zum Bruttosozialprodukt ihren

Beitrag leisten wird immer kleiner. Im Gegenzug steigt durch die Entscheidungen der Politik (jetzt der Ampel) die Zahl derer, die durch Nichtstun satt werden wollen. Die Komplettversorgung der Untätigen ist wichtiger als die Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

Herr Merz, Sie haben es im Juni dieses Jahres sehr deutlich gesagt, der größte Gegner für unsere Partei in der Bundesregierung sind die Grünen. Diese Auffassung teilen wir. Denn das Unheil, das uns seit 2021 bedroht, kommt überwiegend aus der Feder dieser Partei. Wir können nicht auf der einen Seite in den Landesparlamenten diese falsche grüne Politik hoffähig machen und auf der anderen Seite im Bund zur berechtigten Kritik ansetzen. Das ist unglaublich.

Der noch amtierende Ministerpräsident von Hessen, Boris Rhein, hat unseren ganzen Respekt verdient. Seine Entscheidung, nicht mehr mit den Grünen wegen einer Fortsetzung der Regierungsarbeit zu verhandeln, war mutig aber längst überfällig. Die CDU macht sich angreifbar was die Asylpolitik angeht. So mancher aus unseren Reihen wünscht sich ein solches Signal auch aus den anderen Bundesländern, in denen die CDU mitregiert.

Frau Connemann, werte Herren, diesen Brief schreiben wir Ihnen aus der begründeten Sorge um unser Land. Wir bitten Sie dringend – möglichst gemeinsam und mit einer Stimme – alles zu tun, damit wir selbst sowie unsere Kinder und Enkelkinder wieder in Sicherheit und mit Zuversicht in unserem Heimatland leben können. Der Missbrauch der persönlichen Freiheit darf niemals über dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit stehen. Das scheint im Moment der Fall zu sein.

Ihre Forderungen, Herr Merz, Asylverfahren und Flüchtlinge müssen getrennt von denen behandelt werden, die in den Arbeitsmarkt wollen, treffen unsere Zustimmung. Wie eingangs in unserem Schreiben gesagt, von den bisherigen Flüchtlingen merken wir am Arbeitsmarkt nichts. Trotz Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist in unserem Land nichts geregelt. Wir glauben nicht, dass der „Deutschlandpakt“ zu einem Ergebnis führen wird. Der Kanzler nutzt sehr oft blumige Worte. Dann vergisst er sie wieder, sobald er sie ausgesprochen hat. Das ist aber nur eines der Probleme der Regierung in Berlin.

Unseres Erachtens ist ein sofortiger Stopp der katastrophalen Flüchtlingsströme nur möglich, wenn die Außengrenzen der europäischen Mitgliedsstaaten durchgängig kontrolliert und geschützt werden. Einreisen können nur die, die vorher von außerhalb politisches Asyl beantragt haben und die, die in den Arbeitsmarkt einreisen dürfen. Die politischen anerkannten Asylbewerber sollten spätestens nach einem halben Jahr einer geregelten Arbeit nachgehen. Da lässt sich etwas im Bereich der Gemeinnützigkeit finden. Der Familiennachzug ist auszusetzen. Die Asylverfahren müssen viel schneller abgeschlossen werden.

Das sind Forderungen, die generationsübergreifend von allen Bevölkerungsschichten an uns herangetragen werden.

Wir behalten uns vor, dieses Schreiben an Sie öffentlich zu machen.

Mit freundlichem Gruß

Michael Darda
Stellvertretender Vorsitzender
Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Niederrhein

Dipl. Ing. (FH) Peter Erl
Bezirksvorsitzender
Mittelstandsunion Niederbayern
Präsidiumsmitglied der MIT

Ein gleichlautendes Schreiben erhalten:

Gitta Connemann MdB
Vorsitzende der **MIT** Deutschland
Schadowstraße 3
10117 Berlin

Sebastian Brehm MdB
Vorsitzender der **MU** Bayern
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Markus Söder MdL
Ministerpräsident
Bayrische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

Dr. Carsten Linnemann MdB
Generalsekretär der **CDU** Deutschland
Platz der Republik 1
11011 Berlin